

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

In dem Antrag, den wir heute einbringen, geht es um Migrationspolitik, und damit ein ungemein wichtiges Feld, das in Zukunft nur an Relevanz gewinnen wird.

Weltweit sind Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und einen gefährlichen Weg auf sich zu nehmen, um ihre Existenz zu retten. Die Gründe dafür sind vielfältig: Kriege, politische Verfolgung, verheerende Auswirkungen des Klimawandels oder auch absolute Perspektivlosigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dass einige ihre Chance auf ein besseres Leben in Europa sehen, ist wohl allen bewusst. Weniger jedoch, wie die EU mit diesen Schutzsuchenden umgeht: Sie schottet sich ab und verwehrt ihnen systematisch ihre Menschenrechte, indem sie sie zum Beispiel auf dem offenen Mittelmeer zurück nach Libyen drängen, wobei sie erst zu kentern drohen und dann in Libyen teilweise vergewaltigt oder verkauft werden.

Man könnte etliche weitere Beispiele anbringen. Klar ist jedoch, dass offenbar nicht das Wohl der Menschen, inklusive ihrem Menschenrecht, politisch gewollt ist, sondern eine Abschreckungswirkung. Und dieses Vorgehen gilt es aufs Schärfste zu verurteilen und einen Wandel zu einer humanitären Flüchtlingspolitik ist zu fordern. Diesen Konsens meinen wir auch bei der VKSS-Sitzung am vergangenen Mittwoch wahrgenommen zu haben.

Klar, es muss eine internationale Lösung her. Aber auch wir als Kommune können unseren Teil beitragen. Wiesloch kann sich, wie wir es beantragen, zu einem Sicheren Hafen der Seebrücke erklären.

Bei dieser Kampagne machen sich Städte für einen Wandel in der Flüchtlingspolitik stark und setzen sich dabei selbstständig Ziele, die diese Haltung bekräftigen:

Dazu gehört, dass die Stadt sich grundsätzlich mit den Menschen auf der Flucht solidarisch erklärt und sich für ein Ende der EU-Abschottungspolitik sowie für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Außerdem setzt man sich gegen die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung ein und unterstützt diese, bspw. durch Öffentlichkeitsarbeit.

Auch die Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlich zur Verteilungsquote ist ein Ziel, das sich Wiesloch als Sicherer Hafen geben würde. Dieses Ziel ist in Zusammenhang mit der Forderung nach rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen an Bund und Länder zu sehen, die eine langfristige Aufnahme und Versorgung Geflüchteter ermöglichen.

Daran anknüpfend steht das Ziel, für die ankommenden Menschen Bleibeperspektiven zu eröffnen und ein menschenwürdiges Leben in der Kommune zu ermöglichen.

Schlussendlich würde Wiesloch nach unserem Antrag dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ beitreten, in dem sich Sichere Häfen unabhängig von Seebrücke organisieren und vernetzen.

Generell sollen alle unternommenen Handlungen veröffentlicht werden.

Uns ist es ganz wichtig, dass wir das bisherige Engagement der Stadt und auch der Zivilbevölkerung mit diesem Antrag nicht kleinreden wollen – Im Gegenteil: Wir möchten mit dem Antrag, Wiesloch zum „sicheren Hafen“ zu machen, das bisherige Engagement wertschätzen. Wiesloch hat so eine tolle Willkommenskultur. Da ist es nur gerecht, diese mit so einem Beschluss auch abzubilden.

Was könnten also noch Bedenken gegen unseren Antrag sein?

Einige von Ihnen werden wahrscheinlich aufgehört haben, als wir den Punkt „Mehr Menschen als bisher aufnehmen“ genannt haben, da Wiesloch ja schon jetzt finanziell und personell an seine Grenzen stößt.

Dem sind zwei Aspekte entgegenzusetzen:

1. Einige „sichere Häfen“ haben den Punkt noch gar nicht umgesetzt, andere schon. Zum Beispiel die Stadt Mannheim: Sie hat sich 2019 zum sicheren Hafen erklärt. Seitdem hat sie 50 Schutzsuchende zusätzlich zur Quote aufgenommen. Wenn wir uns daran orientieren, wären das in Wiesloch runtergerechnet vier zusätzliche Menschen. Auch wenn dieses Ziel zusätzliche Anstrengungen erfordert, kann es aus unserer Sicht erreicht werden, zumal auch mit einer Zeit nach dem Ukraine-Krieg zu rechnen ist.
2. Wir können natürlich nur mehr Menschen aufnehmen, wenn wir das auch hinbekommen. Niemand erwartet, dass Zeltstädte oder so etwas errichtet werden. Aber wir wollen es ja hinbekommen. Daher ist der Punkt „Mehr Menschen aufnehmen“ eng verknüpft, an die Forderung an Bund und Land uns mehr Gelder zur Verfügung zu stellen.

Man könnte jetzt also Frage in den Raum werfen, ob das alles dann nicht reine Symbolpolitik sei, wenn sich für die Schutzsuchenden Vorort praktisch nichts ändert.

1. Es soll es keinesfalls nur um ein Symbol gehen. Die Ziele, die wir uns als Sicherer Hafen geben, sollen langfristig realisiert werden. Hier sind alle Beteiligten gefordert: die Verwaltung, Gemeinderat und Jugendgemeinderat sowie die Zivilbevölkerung. Allerdings können wir dabei stets unsere Mittel und Möglichkeiten im Blick behalten und zwingen uns nicht zu Ausgaben, die wir nicht stemmen können. Wir wollen einen Prozess anstoßen, in dem Wiesloch sich darauf konzentriert, eine Wende in der Flüchtlingspolitik einzufordern und die Konsequenzen dafür auch tragen zu wollen. Wir sehen darin die logische Reaktion auf größer werdende Fluchtbewegungen, die wir zum Beispiel durch unseren Beitrag zur Klimakatastrophe mit zu verantworten haben. Es werden mehr Menschen versuchen, nach Deutschland kommen, und damit auch nach Wiesloch. Wer diese Menschen nicht dem Tod vor den EU-Außengrenzen überlassen will, muss sich darauf vorbereiten, sie aufzunehmen, und eine humanere Politik einfordern.

2.-Ist den Bedenken, ob das nicht nur Symbolpolitik sei, klar entgegenzusetzen, dass Wiesloch als „Sicherer Hafen“ seine Möglichkeiten, eine menschenwürdige Politik einzufordern, dann auch ganz automatisch nutzt.

Insbesondere wenn wir dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ beitreten, unterstützen wir die Kampagne und stärken dessen Stimme auf landes- bundes- und internationaler Ebene. Jede weitere Kommune die dem Bündnis beitrifft, ist ein weiteres Argument für eine Politik, die den Menschen ihre Menschenrechte zugesteht und das auch lebt.

Wir sind also überzeugt, dass ein Symbol nicht wirkungslos bleibt. Nein, es kann sogar Kräfte entfalten, die sonst nicht möglich wären - In diesem Fall also als Kommune Einfluss auf Migrationspolitik zu nehmen.

Wir bitten Sie also um Ihre Stimme,
um unseren Teil als Kommune gegen die entmenschlichende Praxis an den EU-Außengrenzen beizutragen,
um die schon bestehende Willkommenskultur in Wiesloch gerecht abzubilden,
um einen Prozess in Wiesloch in Gang zu setzen,
und um den Verhandelnden auf landes- bundes- und internationaler Ebene den Rücken zu stärken.

Danke